

Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden.
Gaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meckwitz und Dresden-Altkath.

Bankkonto:
Gebr. Kralitz Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 22,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 66,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 85,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Nonpareilzeile 6,00 M., Familienanzeigen 4,50 M., die halbspaltige Anzeigenzeile 24,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabung Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorbestimmten Tagen. Für Brieflieferleistung 1 M.

Nr. 106

Dresden, Montag den 8. Mai 1922

33. Jahrg.

Frankreichs Wein

Nein, nein und dreimal nein! so lautet die Antwort, die Barthou aus Paris zurückbringt. Vor drei Tagen waren die Franzosen durch die Konferenz gestellt worden. Auf alle haben sie eine ablehnende Antwort erteilt.

Ganz besonders in Bezug auf das Memorandum an England muß die Haltung der Franzosen gegenüber Lloyd George und der gesamten Konferenz als ungeheuer rücksichtslos bezeichnet werden. Nach vieler Mühe war es gelungen, eine Einigungsformel zu finden, die auch von Barthou unterzeichnet und nur von den Belgiern abgelehnt wurde.

Barthou reiste dann nach Paris, und das Memorandum sollte den Russen überreicht werden, als im letzten Augenblick ein Telegramm Poincarés eintraf mit der Anweisung an die französische Delegation, ihre Unterschrift zurückzuziehen. Schließlich fand sich Barreire, der stellvertretende Leiter der französischen Delegation, bereit, wenigstens mit Vorbehalt zu unterzeichnen.

Der Widerstand Belgiens und Frankreichs richtet sich nur gegen einen einzigen Punkt des russischen Memorandums, nämlich den Artikel 7, der die Rückgabe des Eigentums an die durch die Sozialisierung in Rußland geschädigten Ausländer betrifft. Der ursprüngliche Entwurf Lloyd Georges entsprach den russischen Wünschen viel mehr als die Fassung des Memorandums, das mit Rücksicht auf die Belgier und Franzosen abgeändert wurde. Aber selbst diese abgeänderte Fassung dieses Memorandums genügt den beiden Mächten nicht.

Die Franzosen können dem russischen Memorandum nicht zustimmen, solange die Belgier nicht in der Lage sind, zu unterschreiben. Es liegt ein seltsamer Widerspruch darin, daß diese ablehnende Antwort von demselben Barthou überbracht wird, der das Memorandum zuerst mit unterschrieben hatte.

Es war schon auffällig, daß Barthou, der bereits vor seiner Rückkehr nach Genua Lloyd George drahlisch um eine sofortige Unterredung ersuchte, nach seiner Ankunft in Genua nicht sofort bei Lloyd George vortrat, sondern vorher den belgischen Minister Jaipar, den Italiener Schanzler sowie andere Delegationen aufsuchte.

Schäner hat bereits darauf hingewiesen, daß die Haltung der Belgier und Franzosen im Widerspruch zu den Beschlüssen von Cannes steht, nach denen eine Einmischung in die inneren Verhältnisse der anderen Länder verboten ist. Es müßte also auch den Russen gestattet sein, das Eigentumsrecht nach freiem Ermessen einzurufen.

Auch den Wunsch Lloyd Georges, in Genua eine Unterredung der Unterzeichner des Versailler Vertrages zu veranstalten, wollen die Franzosen nicht erfüllen. Barthou erklärte im Namen der französischen Regierung: „Daß die französische Regierung sich eine Versprechung der (Reparations-) Frage vor dem 31. Mai widersehe.“

Bisher hatte Poincaré die Abwesenheit Millerands als Entschuldigung vorgebracht, daß er nicht Paris verlassen könne. Inzwischen ist Millerand zurückgekehrt, aber Poincaré lehnt es nach wie vor ab, nach Genua zu kommen.

In der Frage des Burgfriedens bestehen die Franzosen noch immer darauf, daß das Recht auf Sanktionen gegen Deutschland in den Pakt mit aufgenommen wird. Sie wissen natürlich, daß Deutschland in diesem Falle den Vertrag nicht unterzeichnen kann und daß daher sowohl Lloyd George wie auch die andern Mächte gegen die Einbeziehung der Sanktionen sind.

Poincaré muß sich sehr stark fühlen, um Lloyd George in dieser Weise zu begegnen. Sieht er nicht, oder will er nicht sehen, daß der englische Ministerpräsident sich heute in einer andern Lage befindet als früher, daß er heute vor den Franzosen nicht mehr zurückweichen kann, wie er es bisher nur zu oft getan hat? Denn ein nochmaliges Zurückweichen Lloyd Georges würde ein Ende seiner politischen Macht und Stellung bedeuten.

Während bisher die Rücksicht auf die englische innere Politik Lloyd George sehr oft zu seinem Nachgeben veranlaßt hat, ist die Lage heute von Grund auf verändert. Gerade aus Rücksicht auf die englische Innenpolitik muß Lloyd George heute stark bleiben. Und gegenüber einem weiteren Nachgeben dürfte ihm heute der Druck mit Frankreich als das kleinere Übel erscheinen.

deutschen Verpflichtungen angeraten. Und ob wir das Ersuchen der beiden englischen Mitglieder der Reparationskommission um ihre Abberufung in einem uns günstigen Sinne auslegen können, ist sehr ungewiß.

Tagegen scheint England energische Anstrengungen zu machen, um eine internationale Anleihe für Deutschland zustande zu bringen. Bekanntlich die einzige Möglichkeit, um uns aus unseren augenblicklichen Schwierigkeiten herauszuheben. Zu dem Plan des englischen Finanzmannes Macleod, nach dem unsere Schuld von 110 Milliarden gekürzt werden soll, erfahren wir noch folgende Einzelheiten: 66 Milliarden würde Deutschland nur dann zu zahlen haben, wenn einer der alliierten Gläubiger die Zahlung seiner Kriegsschulden von einem seiner alliierten Schuldner einfordern sollte. Auch England will die französische Schuld streichen, falls Amerika das gleiche mit der englischen Schuld tut. Von den übrigen 45 Milliarden der deutschen Schuld sollen 5 Milliarden in eine englische Anleihe umgewandelt werden, die in den ersten drei Jahren zinslos bleibt und dann fünf v. H. tragen soll. Die restlichen 40 Milliarden sollen mit fünf v. H. Zinsen in halbjährlichen Raten gezahlt werden.

Außerdem müßte für Deutschland eine internationale Anleihe von 30 Milliarden beschafft werden in vier Raten: 3 Milliarden für 1922, 7 Milliarden für 1923 und je 10 Milliarden für 1924 und 1925. Gleichzeitig müßten die Besatzungskosten auf ein Mindestmaß beschränkt werden und Deutschland müßte Zinsen für die Erfüllung seiner Verpflichtungen geben. Diese Sicherheiten wären:

1. Innerhalb des Jahres 1924 müßten die deutschen Staatsanleihen durch Reparationsanleihe und durch neue Steuern ausgetauscht sein;
2. bestehende Defizite müssen durch innere Anleihen und nicht durch neue Papiergeldausgaben gedeckt werden;
3. die Reichsbank müßte ihre Unabhängigkeit wiedererlangen;
4. die Papiergeldausgabe dürfe eine bestimmte Grenze nicht überschreiten;
5. der Inlandverkaufspreis der Kohle in Deutschland darf nicht geringer sein als $\frac{1}{2}$ des Weltmarktpreises und muß sich dessen Preisveränderungen anpassen.

Kerner droht Lloyd George, falls Frankreich weiter halsstarrig bleibt, allein zu handeln und sowohl mit Deutschland wie auch mit Rußland ein Wirtschaftsabkommen zu schließen.

Mit der Beigerung der Franzosen, in Genua auch nur einen kleinen Schritt entgegenzukommen, scheint das Aufstehen der an Frieden so reichen Konferenz unabweislich. Ebenfalls aber kann es auch sein, daß man bereits morgen zu einer überraschenden Wendung und Lösung dieser bisher gefährlichsten Krise kommen wird. Spricht man doch bereits davon, daß die Belgier das russische Memorandum nun doch noch unterzeichnen wollen, wodurch auch der französische Widerstand hinfällig werden würde.

Das Ringen Lloyd Georges — Poincaré scheint vor der Entscheidung zu stehen. Ein Anpreis scheint diesbezüglich unmöglich.

Der Rosschrei des Saarlandes

Vorstand. Der Saarverein hat in einer öffentlichen Versammlung in Dortmund eine Entschädigung angenommen. In der es heißt, die bisherige Tätigkeit der Saarregierung ist Vorparanarbeit für die französischen Annexionsbestrebungen. Das Saargebiet hat als einziges Auland der Welt keine wirkliche Volksvertretung, sondern wird autoritär regiert. Die brutale Ausweitung des Reichsgebietes durch die deutsche Regierung wird aufzuheben, sich für das Saargebiet und seine geäußerte Bevölkerung einzusetzen.

Beretreter der Reichsregierung in Dresden

Auf Einladung der sächsischen Regierung trafen am Sonnabend aus Berlin die Herren Reichsminister des Innern Dr. Klotz, Ministerialdirektor Wreht sowie der württembergische Gesandte Hilbrand und der sächsische Gesandte Dr. Wagnauer in Dresden ein. Der hauptsächlichste Zweck des Besuches war, den Herren die Bedeutung des Anglermuseums und der Kerkers- und Werkstätten für Verfertigung der Schmuckstücke und Präparate sowie die Notwendigkeit eines dafür zu errichtenden Neubaus an Ort und Stelle vor Augen zu führen. In erfreulicher Uebereinstimmung wurde von allen Beteiligten die Notwendigkeit der Errichtung eines würdigen Gebäudes und auch die Notwendigkeit der Beteiligung der Reichsregierung an der Ausführung des Planes anerkannt.

Ernennungen

(N.) Das Gesamtministerium hat den Regierungsrat Dr. Jungmann von der Amtshauptmannschaft Pirna zum Amtshauptmann von Frauen und den Staatsminister a. D. Otto Kühn zum Amtshauptmann von Großenhain berufen. Zum Amtshauptmann von Chemnitz ist der Ministerialrat Dr. Streil vom Minister des Innern vorgeschlagen worden. Dr. Streil hat jedoch gelehnt, aus persönlichen Gründen von seiner Ernennung abzusehen zu wollen. Die Frage der Besetzung dieses Postens bleibt daher noch offen.

Zwangswirtschaft oder nicht?

In dem Blatte der christlichen Gewerkschaften, dem Deutschen, macht Dr. E. Suckerl, Fab. Gatzburg, in einer Entgegnung auf einen Aufsatz eines Grafen Stolberg folgende treffende Ausführungen.

Der Versuch des Grafen Stolberg, zu zeigen, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft die Produktion hebe, ist keineswegs zwingend. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Kartoffeln im Jahre 1920 hat allerdings bewirkt, daß der Unterschied zwischen dem 1913 und dem 1921 mit Kartoffeln bepflanzten Boden nur noch 2 Prozent betrug, während das letzte Zwangswirtschaftsjahr noch einen Unterschied von 11 Prozent zeigte. Aber dieser nicht mit starkem bepflanzten Boden wäre ohne die Aufhebung der Zwangswirtschaft doch nicht unbebaut geblieben, sondern zum guten Teil für Getreide verwendet worden, und dann hätten wir 1921 nicht so viel Getreide einführen brauchen, unsere Valuta wäre nicht so durch die Getreideimporte verbleicht und der Preis des Getreides nicht so hoch gestiegen. Die größere Produktion an Kartoffeln hat gar nicht den Ausschlag an Getreide für die Volksernährung erteilt, weil die Kartoffeln wegen der Aufhebung der Zwangswirtschaft in einem für die Volksernährung viel zu hohem Maße veräußert worden sind oder noch veräußert werden. Nicht nur die Landwirte haben zu viel Kartoffeln für das Vieh von vorher bestimmt, sondern es sind auch zu viele Kartoffeln zur Viehfütterung angekauft worden. Viele stärkere Verwendung der Kartoffeln zur Fütterung ist aber keineswegs der Allgemeinheit zugute gekommen. Denn die Landwirte haben das Vieh mehr als sonst selbst verzehrt, weil die hohen Preise für Getreide, Kartoffeln und andere Lebensmittel es ihnen möglich machte, mehr als sonst von dem Verkauf des Viehes abzusehen. Diejenigen aber, die Kartoffeln zur Viehfütterung gekauft haben, denken nur in seltenen Fällen daran, wenigstens einen Teil des auf diese Weise gewonnenen Geldes wieder zu verkaufen.

Der Vergleich der Preise für die Produkte, die der Landwirt verkauft, mit den Preisen seiner Produkte, die er kaufen muß, ist, wie Graf Stolberg ihn vornimmt, ebenfalls mehr als bedenklich. Einmal machen von vornherein die Ausgaben für Leder, Kolonialwaren und Textilwaren in dem Haushalt der Landwirte nicht einen so großen Prozentsatz aus, wie das Lebensmittel in dem Haushalt der Nichtlandwirte tun. Dann aber kann bei Leder, Kolonialwaren und Textilwaren doch viel eher der Verbrauch eingeschränkt werden als bei den Lebensmitteln, deren Verbrauch besonders bei Getreide und Kartoffeln ohne Gefährdung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit überhaupt kaum eingeschränkt werden kann.

Was die Preissteigerung betrifft, so gibt Graf Stolberg zu, daß die Spekulation dazu nicht unerheblich beigetragen habe, aber ohne die Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Kartoffeln hätte die Spekulation so einflußreich denn doch nicht werden können, wie sie tatsächlich geworden ist. Die Spekulation beruht doch in erster Linie auf der wirklichen oder vermeintlichen Knappheit an Lebensmitteln, und besonders der Kartoffeln. Daß viele Landwirte zeitweilig die Kartoffeln zurückgehalten und viele Händler jeden Preis gezahlt haben, weil sie überzeugt waren, daß sie bei der vorbandenen Frucht der Konsumenten, überhaupt keine Kartoffeln zu bekommen, jeden beliebigen Preis wiedererhalten würden, ist ja nicht zweifelhaft und hat sich durch den Erfolg als richtig erwiesen. Daß aber auch viele Konsumenten mehr Kartoffeln gekauft haben, als sie notwendig brauchten, weil sie auf jeden Fall genug haben wollten, ist auch nicht zu bezweifeln. Hätte die Zwangswirtschaft weiter bestanden, so hätte jeder gewußt, daß er die notwendigen Kartoffeln bekommen würde, und die Spekulation hätte nicht eine so große Ausdehnung gewinnen können, wie es tatsächlich der Fall gewesen ist und noch ist.

Graf Stolberg führt als die hauptsächlichsten Ursachen der Verteuerung an: Poincaré, Erhöhung der Frachten, Mangel, Steigerung der Kohlen- und Düngemittelpreise und die steuerliche Belastung. Dabei muß man aber beachten, daß alle diese Ursachen der Verteuerung zum nicht geringen Teile auf die Preise der Lebensmittel zurückgehen, die bei der Zwangswirtschaft gar nicht so hoch hätten steigen können. Daß diese hohen Preise zu einem guten Teil auch auf der wirklichen oder vermeintlichen Knappheit und der Ausschaltung der ausländischen Konkurrenz beruhen, kann nicht bestritten werden. Zudem haben die Steuern und die Erhöhung der Frachten den Preis der Lebensmittel in der Regel über die gezahlten Steuern und Frachten hinaus gesteigert. Sie waren oft mehr Vorstand als Ursache des Steigens der Preise. Graf Stolberg berechnet dann den Vorteil, den die Konsumenten von dem Umlageverfahren in Getreide haben können, auf etwa 11 Milliarden Mark oder etwa 270 M. pro Kopf. Für eine Familie von sechs Köpfen macht das aber schon rund 1600 M. Die Hauptfrage aber ist, daß die durch die Aufhebung des Umlageverfahrens bewirkte Verteuerung des Getreides um 11 Milliarden eine weitere Verteuerung anderer Lebensmittel, eine Erhöhung der Löhne und Gehälter, damit eine Vermehrung des Papiergeldes und so schließlich eine Verflechtung des Marktes herbeiführt.

Graf Stolberg hebt dann weiter hervor, daß die Landwirtschaft im Jahre 1921 durch die Umlage eine Sondersteuer von 10 bis 15 Milliarden aufgebracht habe. Das kann man natürlich nur sagen, wenn man annimmt, daß die Landwirtschaft ein Recht darauf habe, dem Weltmarktpreis zu fordern, auch wenn die Valuta noch so schlecht steht. Ist das der Fall, dann müssen auch die Beamten und Arbeiter das Recht haben, Gehälter und Löhne

Seite 12
ENNDY
MEL
(Str. L. B.)
früher zur
Bücher u.
bezahlt,
Stellung
ad. oten
beschädigt
geschrieb.
bschr. und
S. 298 an
resden.
1124
sehen unter
24. erweist.
Meister
eifter
Sattler
schaft
iterinnen
itz-Dresden.
er
obes
ndern
amm
errei
er
replag
pfe
aw